

15.02.01**Antrag**
des Landes Schleswig-Holstein

**Entschließung des Bundesrates für ein Konversionsprogramm zu den
vorgesehenen Standortschlieungen und –reduzierungen der Bundeswehr****- Antrag Niedersachsen -**

Punkt 71 der Sitzung des Bundesrates am 16. Februar 2001

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Entschließung wird in der Begründung um folgende Absätze ergänzt:

"Die vorrangige Berücksichtigung der vom Truppenabbau besonders betroffenen Regionen bei anderen Standortentscheidungen des Bundes kann zumindest zu einer gewissen Kompensation beitragen. In jedem Fall muss der in den letzten Jahren zu beobachtende Rückzug von Bundeseinrichtungen aus der Fläche umgekehrt werden, weil es sonst zu einer Kumulation der Struktur- und Arbeitsmarktp Probleme dieser Regionen kommt, denen auch mit Ausgleichsmaßnahmen nicht mehr wirksam zu begegnen ist. Der Bund ist aufgefordert, in Zukunft bei Standortentscheidungen für Bundesbehörden oder durch den Bund geförderte Einrichtungen die vom Truppenabbau betroffenen Gebiete nicht auch noch zusätzlich zu belasten.

Im Zuge des sich fortsetzenden Truppenabbaus werden weitere Liegenschaften von der Bundeswehr geräumt und stnden für eine zivile Anschlussnutzung zur Verfügung. Die Folgenutzung dieser Flächen gestaltet sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre leider außerordentlich schwierig. Länder und Kommunen haben in der Vergangenheit an den Bund zahlreiche Forderungen gerichtet, um die zivile Anschlussnutzung frei werdender Bundeswehrliegenschaften zu erleichtern und zu beschleunigen. Ein zielführender Dialog über diese Vorschläge steht bis heute aus. Die wichtigsten Forderungen im Zusammenhang mit der Anschlussnutzung von Bundeswehrliegenschaften sind:

Ausgeliefert am 15. FEB. 2001

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax 0228/3820844
ISSN 0720-2946

- Erhalt der Verbilligungsmöglichkeiten auch für die nach dem 14.06.2000 frei werdenden Liegenschaften,
- Wiedereinführung bzw. Verstärkung der Verbilligungssätze, ggf. auch Verbilligung für gewerblich-industrielle Anschlussnutzungen,
- Verbesserung der Überlassungsmodalitäten (flexiblere Kaufpreisstundungsmöglichkeiten), sonstige Beschleunigungsmöglichkeiten (weitere Anhebung des Ermächtigungsspielraumes für die Oberfinanzdirektionen),
- weitergehende Übernahme der Altlastensanierung.

In diesem Zusammenhang bewirkt die Einrichtung der GEBB zusätzliche Probleme."

Begründung (nur für das Plenum):

Der Antrag dient der weiteren Konkretisierung der Forderungen für ein von der Bundesregierung aufzulegendes Konversionsprogramm.